



Inhalt

Bundesinnenministerin im Interview

[Faeser: Wollen Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[2.600 Neueinstellungen für die Zollverwaltung](#)

Berlin

[Besoldung: Corona-Sonderzahlung beschlossen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Polizistin und Polizist erschossen – Wendt: „Trauer, Wut und Entsetzen“](#)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

[Eigenthaler: Betriebsprüfungen wichtiger denn je](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Überlastung von Lehrkräften ist ein Gesundheitsrisiko](#)

Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[2.600 Neueinstellungen für die Zollverwaltung](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Bundesweite Warnstreiks bei den AOK-Gesundheitskassen](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Weniger Schülerinnen und Schüler: Berufliche Schulen vor dem Aus?](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Bundesinnenministerin im Interview **Faeser: Wollen Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein**

Im Interview mit dem dbb magazin (Ausgabe Januar/Februar 2022) skizziert Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihre Pläne zur Verwaltungsdigitalisierung.

„Die Modernisierung des Staates und digitale Innovationen haben wir im Koalitionsvertrag bewusst an den Anfang gesetzt. Als Bundesinnenministerium wollen wir Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein. Das bedeutet vor allem, dass Behörden von Bund, Ländern und Kommunen enger und schneller zusammenarbeiten müssen. Mit dem Onlinezugangsgesetz, sicheren digitalen Identitäten auch auf dem Smartphone und der Modernisierung der Registerlandschaft stemmen wir hier große Reformvorhaben. Klar ist aber auch: Digitaler Aufbruch ist ohne mehr und bessere Aus- und Fortbildung in der Verwaltung nicht zu denken. Beides muss aus einer Hand kommen, zum Beispiel an unserer Digitalakademie“, sagte Faeser mit Blick auf ihre Prioritäten bei der Digitalisierung.

Die angestrebte Modernisierung sieht die Bundesinnenministerin auch als Chance bei der Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung: „Die Digitalisierung bietet die Chance für flachere Hierarchien und bessere Vernetzung auf allen Ebenen der Verwaltung. Hierzu gehören agile Projektteams und Innovationseinheiten. Das macht den öffentlichen Dienst gerade für junge Kolleginnen und Kollegen, die sich schnell weiterentwickeln wollen, attraktiver.“ Generell will sie mehr dafür tun, um junge Menschen für die Arbeit im öffentlichen Dienst zu begeistern. „Die öffentliche Verwaltung steht vor der Aufgabe, die stark ansteigenden Altersabgänge

auszugleichen. Wir brauchen schnellere Einstellungsverfahren und müssen Talente gezielt ansprechen. Wir müssen im Wettbewerb mit der Wirtschaft den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver machen. Die Entwicklung einer Dacharbeitgebermarke Bundesverwaltung ist dafür ein wichtiger Schritt“, so Faeser.

Den Schutz der Beschäftigten vor physischer und psychischer Gewalt durch Dritte will Nancy Faeser ebenfalls verbessern: „Ich bin jedes Mal zutiefst erschüttert und angewidert, wenn ich von den immer häufigeren Angriffen auf Menschen höre, die in unser aller Auftrag und zu unser aller Wohl arbeiten – Rettungsanwärterinnen und Rettungsanwärter, Polizistinnen und Polizisten, die Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern und viele andere. Die Täter müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen einen besseren Schutz für Betroffene. Und wir wollen für eine wirkungsvolle Prävention sorgen. Deswegen hat das BMI gemeinsam mit dem dbb und mit dem DGB eine breit angelegte Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse werden wir Mitte dieses Jahres vorstellen – und darauf aufbauend konkret handeln.“

Das vollständige Interview gibt es im [dbb magazin 1-2/2022 \(ePaper\)](#).

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

2.600 Neueinstellungen für die Zollverwaltung

Anhand eines 4-Säulen-Modells will Baden-Württemberg in diesem Jahr die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) für eine verfassungskonforme Besoldung umsetzen. In Gesprächen mit Spitzenvertretern der Landtagsfraktionen von SPD und FDP hat der BWV Vorsitzende Kai Rosenberger erläutert, warum er das im Grundsatz für gut und richtig hält.

Das BVerfG hat mit seinen Urteilen vom 4. Mai 2020 zur Richterbesoldung in Berlin und zum kinderbezogenen Familienzuschlag in Nordrhein-Westfalen eindeutige Vorgaben für eine verfassungskonforme Besoldung gemacht.

Diese Vorgaben greifen bundesweit und verpflichten Bund und Länder zum Handeln. Rosenberger erklärte, dass das 4-Säulen-Modell im Vergleich zu dem, was andere Bundesländer planen, einen positiven Ansatz verfolge. Es

gehe nämlich darum, die unteren Einkommensbereiche zu stärken und eine zukunftsfähige Perspektive für die Laufbahn des mittleren Dienstes zu schaffen. Kritisch bewertete er allerdings, dass der höhere Dienst bei dem Vorhaben auf der Strecke bleibe. „Wir haben uns zwar mehr gewünscht, genauer gesagt, eine Neuordnung des gesamten Besoldungsgefüges“, räumte Rosenberger ein, jedoch sei dies realistisch betrachtet gegenwärtig nicht zu finanzieren.

In den Gesprächen wurden auch die geplanten Lebensarbeitszeitkonten thematisiert. Der BBW fordert zwar grundsätzlich ein Ende der 41-Stunden-Woche im Beamtenbereich, doch mit den Lebensarbeitszeitkonten werden als Einstieg in eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit trotzdem positiv bewertet. Diese sollen wohl mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 eingeführt werden. BBW-Chef Rosenberger unterstrich, dass es dem dbb Landesbund im Wesentlichen um drei Dinge gehe: um eine flexible Lösung mit Freistellungsmöglichkeit auch vor dem Ruhestand, um die Umwandlung der 41. Wochenstunde als geleistete Stunde auf dem Lebensarbeitszeitkonto sowie um Rechtssicherheit für die Beschäftigten.

Mit Blick auf die geplante Übertragung des Tarifabschlusses mit den Ländern auf Besoldung

und Versorgung betonte Rosenberger, dass der Ärger und die Enttäuschung bei den Beschäftigten groß seien. Mit dem Hinweis auf die massiv gestiegene Inflationsrate sprach er von Reallohnverlust, der die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger besonders hart treffe, sie würden damit von der Einkommensentwicklung abgekoppelt. Während Beamtinnen und Beamte wenigsten noch eine Corona-Prämie zur Kompensation für 14 Leer-Monate bekämen, gingen die Ruhegehaltsempfänger in Sachen Sonderzahlung leer aus.

Auch die kontinuierlich zunehmende Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte wurde gegenüber den Politikern von SPD und FDP angesprochen. BBW-Vize Joachim Lautensack betonte, dass ein aussagekräftiges Lagebild eine wichtige Voraussetzung im Kampf gegen die vielfältigen Ausschreitungen sei. Deshalb habe sich die Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) auch um Mittel für ein Forschungsprojekt zur landesweiten Erfassung und Analyse von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) beworben. Falls noch eine Finanzierung von Personalbedarf durch den Landeshaushalt notwendig werde, warb Lautensack um Unterstützung, damit das Projekt auf jeden Fall durchgeführt werden könne.

Berlin

Besoldung: Corona-Sonderzahlung beschlossen

Das Abgeordnetenhaus hat am 27. Januar 2022 eine Corona-Sonderzahlung für die Berliner Landesbeamtinnen und -beamten beschlossen. Der dbb berlin kritisierte in diesem Zusammenhang erneut, dass Versorgungsempfängerinnen und -empfänger dabei nicht berücksichtigt wurden und nur die geplante lineare Einkommenserhöhung ab 1. Dezember 2022 erhalten sollen.

Der Vorsitzende des dbb berlin Frank Becker sagte: „Von der stark steigenden Inflationsrate und den beträchtlichen Beitragserhöhungen in der restkostendeckenden Krankenversicherung sind die Pensionäre genauso betroffen wie ihre aktiven Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem soll Ihnen jetzt bis November 2022 eine deutliche Minusrunde zugemutet werden. Der dbb berlin, der schon frühzeitig bei den politisch Verantwortlichen auf eine der Corona-

Prämie vergleichbare Zahlung an die Versorgungsempfänger gedrängt hatte, mahnt deshalb erneut, die Kolleginnen und Kollegen nicht zu übergehen, die dem Land Berlin in der Vergangenheit zuverlässig gedient haben.“

Noch sei die Gelegenheit dazu ist nicht vertan, betonte Becker, denn mit dem noch ausstehenden Besoldungsanpassungsgesetz könne dieser Fehler noch rechtzeitig korrigiert werden.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Polizistin und Polizist erschossen – Wendt: „Trauer, Wut und Entsetzen“

Am 31. Januar 2022 wurden eine Polizistin und ein Polizist bei einer Verkehrskontrolle erschossen. „Polizistinnen und Polizisten in Deutschland und viele Bürgerinnen und Bürger empfinden heute Trauer, Wut und Entsetzen“, zeigte sich der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt tief bestürzt.

Zwar konnten durch entschlossene Ermittlungen zwei Tatverdächtige zeitnah festgenommen werden. Der Fall hinterlasse aber viele offene Fragen, nicht zuletzt zum Selbstverständnis der Polizei, so Wendt. Einerseits sollten und wollten die Kolleginnen und Kollegen bür-

gerne „Freunde und Helfer“ sein, andererseits nehme in der Gesellschaft die Gewaltbereitschaft zu und der Respekt vor den Beamtinnen und Beamten ab. „Die Gesellschaft ist verrotzt“, machte Wendt deutlich. Und es sei die Polizei, die die ganze Wut und den Hass, der an anderer Stelle produziert werde, erfährt.

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Eigenthaler: Betriebsprüfungen wichtiger denn je

Bei einem Meinungs-austausch mit Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel hat der DSTG Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Betriebsprüfung betont: „Wir brauchen beides: einen gut aufgestellten Innendienst und eine modern und gut aufgestellte Betriebsprüfung.“

Eigenthaler machte deutlich, dass die Betriebsprüfung in ihrer rund 100-jährigen Geschichte heute wichtiger sei denn je. Die Komplexität des Unternehmenssteuerrechts, die Internationalisierung und die Digitalisierung seien Faktoren, die immer höhere Ansprüche an die Prüfungen und die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer stellten. Die DSTG warne daher davor, die Steuergerechtigkeit durch statistische Schönfärberei etwa bei Betriebsprüfungsgrößenklassen auf den Kopf zu stellen.

Eine klare Absage erteilte der DSTG-Chef den seit einiger Zeit in der Politik diskutierten Überlegungen, die steuerlichen Verjährungsfristen für Unternehmen abzukürzen. Konkret bezog er sich auf „Gerüchte“, dass die sogenannte Ablaufhemmung (§ 171 Abs. 4 AO) zur Disposition gestellt werden solle. „Betriebsprüfungen kann man nicht durch neue Paragraphen schneller machen, sondern nur durch mehr Prüfpersonal und eine gute IT“, stellte Eigenthaler klar. Eine Verkürzung der Verjährung mit der Folge, dass steuerliche Mehrergebnisse nicht mehr

realisiert werden könnten, erteilte er eine klare Absage und bat den Senator um dessen politische Unterstützung. „Es geht um Steuergerechtigkeit – und deshalb werden wir einer Verkürzung der Verjährung mit allen Mitteln entgegenzutreten“, so der DSTG Chef.

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung bilanzierte Eigenthaler: „Vieles begrüßen wir, manches bleibt naturgemäß noch vage.“ Positiv hervorzuheben sei die geplante Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen, aber auch Pläne für Länderoptionen bei der Grunderwerbsteuer. „Der Staat muss mehr tun, damit sich Familien schneller ein Eigenheim leisten können“, forderte Eigenthaler. Schon gar nicht dürfe man deren mühsam angespartes Eigenkapital durch die Grunderwerbsteuer wegbesteuern. Zudem begrüße die DSTG in hohem Maße das Bekenntnis zur verstärkten Bekämpfung von Steuerhinterziehung, von Steuerflucht und von Geldwäsche. „Hier hat die Ampel uns klar an ihrer Seite“, so der DSTG Bundesvorsitzende.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Überlastung von Lehrkräften ist ein Gesundheitsrisiko**

Die anhaltende Überlastung von Lehrkräften wird zu einem Risiko. Nicht nur für die Betroffenen, auch für die Zukunft funktionierender Schulen. Darauf weisen die Ergebnisse einer vom VBE beauftragten Befragung hin.

„Leider war das zu erwarten, was wir nun Schwarz auf Weiß vorliegen haben“, sagte VBE Chef Udo Beckmann am 1. Februar 2022. „Die anhaltende Überlastung bereits vor Corona und der enorme Mehraufwand in der Pandemie machen die Lehrkräfte zunehmend krank.“ Von den 1.300 Schulleitungen, die bundesweit befragt wurden, hat demnach die Hälfte angegeben, dass es in den letzten Jahren vermehrt zu langfristigen Ausfällen im Kollegium gekommen sei. Ob physische oder psychische Erkrankung spielt hierbei keine Rolle, die Werte gleichen sich. In der letzten Befragung dieser Art, im Jahr 2019, war es „nur“ ein Drittel der Schulleitungen, die diese Tendenz im eigenen Kollegium sah. Beckmann: „Für uns ist der Gedanke unerträglich, dass Menschen, die ihr Herzblut in die Bildung unserer Kinder stecken, unter Bedingungen arbeiten müssen, die sie krank machen. Jede zweite Schulleitung sieht, dass Lehrkräfte der Überlastung nicht mehr standhalten können. Einige Schulformen, wie zum Beispiel Grund- oder Haupt-, Real und Gesamtschulen, sind besonders stark betroffen. Wenn nicht schleunigst ein Umdenken stattfindet, die Schulen bedarfsgerecht finanziert werden und der Lehrkräfte-

mangel angegangen wird, wird das ‚Kartenshaus Schule‘ über kurz oder lang zusammenbrechen. Wovor wir seit Jahren warnen, wird nach fast zwei Jahren Pandemie erschreckend deutlich.“

Überlastung und Lehrkräftemangel würden nicht nur ein Gesundheitsrisiko für die Lehrkräfte bergen, sondern auch den Erfolg wichtiger pädagogischer Weiterentwicklungen gefährden. „Die Politik lädt seit Jahren Projekte zur Weiterentwicklung von Schule auf die Lehrkräfte ab, ohne sie mit angemessenen Ressourcen auszustatten“, so der VBE Chef. „Egal ob Inklusion, Integration oder Demokratisierung: sie finden in der alltäglichen Umsetzung auf dem Rücken der Lehrkräfte statt. Knapp zwei Drittel der Schulleitungen sehen Mehrbelastung für fast alle Lehrkräfte in ihren Schulen. An den Grundschulen sind es sogar 70 Prozent. Wenn die Schulen für die an sie gestellten Herausforderungen nicht entsprechend ausgerüstet werden, lassen sich diese wichtigen und notwendigen Projekte nicht umsetzen.“ Neben der Lösung des Lehrkräftemangels fordere der VBE darüber hinaus multiprofessionelle Teams zur Unterstützung der Lehrkräfte im Schulalltag.

Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft (BDZ) **2.600 Neueinstellungen für die Zollverwaltung**

Die Zollverwaltung plant im August 2022 insgesamt mehr als 2.600 Nachwuchskräfte einzustellen. Dabei sollen im mittleren Dienst 1.650 Nachwuchskräfte ihre Ausbildung und im gehobenen Zolldienst 950 Nachwuchskräfte ihr Studium beginnen. Darüber hinaus sollen 32 Studierende im Bereich Verwaltungsfachinformatik eingestellt werden. Auch der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst soll parallel weiterhin angeboten werden.

Neben altersbedingten Personalabgängen sorgt das ständig wachsende Aufgabensektor der Zollverwaltung für einen hohen Personalbedarf. Für den BDZ sind die weiterhin hohen Einstellungszahlen daher unumgänglich, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Die hohen Einstellungszahlen führen in der fachtheoretischen Ausbildung an den Standorten des Bildungs- und Wissenschaftszentrums

zu einem weiter erhöhten Raum- und Lehrendenbedarf. Hier fordert die BDZ Jugend daher die Politik und die Verwaltung auf, entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen und den Ausbau der Kapazitäten zügig voranzubringen. Der BDZ konnte hier bereits einige Erweiterungen und Verbesserungen anstoßen – etwa die geplante Errichtung eines weiteren Ausbildungsstandortes des BWZ in Erfurt zum August 2022.

Auch während der praktischen Ausbildung führt das gewissenhafte Einarbeiten der jungen Anwärterinnen und Anwärter zu einem erheblichen Arbeitsaufwand. Hier fordert der BDZ, die damit betrauten Kolleginnen und Kollegen ausreichend zu entlasten und ihnen Wertschät-

zung entgegenzubringen. Dafür sei ein Konzept der Generalzolldirektion zur Bereitstellung und Motivation von genug Ausbildungsbeamtinnen und -beamten bei den Hauptzollämtern überfällig. Auch die Generalzolldirektion müsse sich künftig stärker bei der fachlichen Ausbildung von Nachwuchskräften einbringen.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) **Bundesweite Warnstreiks bei den AOK-Gesundheitskassen**

Angesichts der Blockadehaltung der Arbeitgeber bei den aktuellen Gehaltstarifverhandlungen hat die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) ihre Mitglieder bei den AOK-Gesundheitskassen zu einer einwöchigen Welle von Warnstreiks im gesamten Bundesgebiet aufgerufen.

Im Zeitraum vom 1. bis 8. Februar 2022 wird die GdS an unterschiedlichen Tagen Arbeitsniederlegungen bei den AOK Baden-Württemberg, AOK Bayern, AOK Bremen/Bremerhaven, AOK Hessen, AOK Niedersachsen, AOK Nordost, AOK NordWest, AOK Plus, AOK Rheinland/Hamburg, AOK Rheinland-Pfalz/Saarland und AOK Sachsen-Anhalt durchführen. Bei den Streiks kann es stundenweise zu Beeinträchtigungen im Kundenservice und bei der Erreichbarkeit der Kassen kommen.

Bei den Tarifverhandlungen mit der GdS am 19. und 20. Januar hatten die AOK-Arbeitgeber lediglich eine Einmalzahlung für das Jahr 2022 in Höhe von 800 Euro für Tarifbeschäftigte (Azubis 300 Euro) und eine Gehaltserhöhung um 1,2 Prozent im Jahr 2023 angeboten. Kernforderung der GdS ist hingegen eine lineare

Erhöhung der Vergütungen und Sozialzuschläge sowie der Ausbildungsvergütungen um 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

„Auch diese zweite Verhandlungsrunde hat gezeigt: Ein wirklich wertschätzendes Gehaltsplus will die AOK-Tarifgemeinschaft ihren Beschäftigten nicht zugestehen“, erklärte der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner. Jetzt sei es an der Zeit, ein starkes Signal zu setzen, dass die Arbeit der Beschäftigten mehr wert ist. „Wir erwarten endlich ein ernstzunehmendes Angebot, das den Leistungen der Beschäftigten gerecht wird. Arbeit bei der AOK darf kein Minusgeschäft werden!“ Die Tarifverhandlungen sollen am 8. und 9. Februar fortgesetzt werden.

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) **Weniger Schülerinnen und Schüler: Berufliche Schulen vor dem Aus?**

Der BvLB hat vor den möglichen Folgen durch sinkende Schülerinnen- und Schülerzahlen an den beruflichen Schulen gewarnt.

Durch den Rückgang der Bewerberinnen und Bewerber auf Ausbildungsplätze und damit auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen würden zunehmend kleinere Schulstandorte im ländlichen Raum bedroht, weil die Vorgaben für Klassengrößen nicht mehr erreicht werden. Dies habe wiederum zur Folge hat, dass Ausbildungsbetriebe in diesen Regionen keinen Nachwuchs mehr finden können – eine Spirale, die sich immer schneller nach unten drehe. „Um diesem Automatismus mit all seinen Folgen für den ländli-

chen Raum auszuhebeln, müssen die Vorgaben für Klassengrößen jetzt im ersten Schritt deutlich nach unten justiert werden. Wichtiger ist aber, flexible Lösungen bis hin zu Kooperationen zwischen einzelnen Schulstandorten zu erarbeiten, Lerninhalte durch digitale Unterrichtsformate zu transferieren, um so die Grundversorgung in der Fläche aufrecht zu erhalten“, sagte der BvLB Vorsitzende Joachim Maiß am 27. Januar 2022

Das gelte umso mehr, da Corona die Lage weiter verschärft habe. Denn seit zwei Jahren

finde viel zu wenig Berufsorientierung statt, Schulpraktika wurden und werden nach wie vor allzu oft ausgesetzt. In der Folge seien junge Menschen mit Blick auf eine mögliche Ausbildungswahl zögerlicher. Berufliche Bildung sei aber nicht zuletzt Wirtschaftsförderung in der Fläche. „Um diese Aufgabe auch zukünftig in Wohnortnähe qualitativ hochwertig gewährleisten zu können und damit die Regionen wirtschaftlich attraktiv zu halten sowie ge-

sellschaftlich zu stärken, ist es zwingend notwendig, dass alle für die berufliche Bildung zuständigen Akteure miteinander Lösungen finden, um langfristig der vorgezeichneten Entwicklung begegnen zu können. Auch mit Blick auf die Entwicklung neuer Berufsfelder muss es möglich sein, agiler zu agieren und mit geringen Schülerzahlen eine zukunftsgerichtete Ausbildung wohnortnah anbieten zu können“, so Maiß.

Namen und Nachrichten

Mit über 90 Prozent Streikbeteiligung und spürbaren Auswirkungen im Güterverkehr haben die Mitglieder der **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** am 2. Februar 2022 ihre Forderungen an die Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE) und die Eisenbahn Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG) unterstrichen. Sie setzten damit ein deutliches Zeichen an den Arbeitgeber, denn nach drei ergebnislosen Verhandlungsrunden und einer Sondierung gibt es immer noch keine Ergebnisse. Die GDL will auch weiterhin nicht von ihren Forderungen abrücken. So sollen etwa die Entgelte um 4,8 Prozent erhöht und eine Corona-Beihilfe von 1.300 Euro gezahlt werden. Der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky sagte: „Die Beschäftigten werden nicht ruhen, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind. Der Arbeitgeber sollte sich besinnen und schnellstens ein verhandelbares Angebot vorlegen. Dann ist der Weg für weitere Verhandlungen frei.“

Unterdessen konnte die **GDL** in der zweiten Verhandlungsrunde mit der eurobahn GmbH &

Co. KG am 27. Januar 2022 in Düsseldorf einen Abschluss auf Marktniveau erzielen. Bei einer Laufzeit von 30 Monaten erhalten die Arbeitnehmenden unter anderem folgende Verbesserungen: Eine allgemeine Entgelterhöhung von 1,4 Prozent ab dem 1. Januar 2022 und 1,8 Prozent zum 1. März 2023. Die Markttabellen für Lokomotivführer, Zugbegleiter und Disponenten werden zum 1. August 2023 erreicht. Daneben wird im März 2022 eine Corona-Beihilfe von 600 Euro ausgekehrt. Verbesserungen bei den Zulagen für Arbeit an Sonntagen und künftig im Nachtzeitraum (20 Uhr bis 6 Uhr), sind ebenso Teil des Abschlusses wie eine Jahresschichtplanung ab 2023 für das Zugpersonal. Verbesserungen, beispielsweise bei Pausen und Schichtgestaltung, runden das Paket ab. GDL Chef Weselsky: „Für GDL-Mitglieder bleibt das Entgeltniveau von 102 Prozent trotz der angespannten finanziellen Lage des Unternehmens erhalten. In solchen Zeiten zeigt sich, wie hoch die Wertschätzung der Unternehmensführung ist. Es ist absolut positiv zu sehen, dass die eurobahn dieses Alleinstellungsmerkmal nicht einmal ansatzweise zur Disposition gestellt hat.“

Termine:

25. Februar 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 1. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue

21./22. März 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 2. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue
